



Pressegespräch, Dienstag, 4. Mai 2021

„Mit dem Betriebsrat stark durch die Krise“

TEILNEHMER:

Günther Goach, Präsident

Hermann Lipitsch, ÖGB-Landesvorsitzender

Pressegespräch:
„Mit dem Betriebsrat stark durch die Krise“

Klagenfurt, 4. Mai 2021

AK und ÖGB: Firmen mit Betriebsrat haben Corona-Krise nachweislich besser bewältigt

(AK) – Corona-Politik stellte Wirtschaft und Arbeitnehmer vor immense Herausforderungen. Laut der IFES-Studie „Strukturwandelbarometer 2021“* half die zentrale Funktion des Betriebsrates als Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besser durch die Krise. Goach und Lipitsch betonen: „Ohne sozialpartnerschaftliches Vorgehen und der Hilfe des Betriebsrates wären wirtschaftlichen Folgen noch schlimmer“.

Gut eingebundene Betriebsräte in Unternehmen bringen Vorteile für Beschäftigte – vor allem während der Corona-Krise. „Innerbetriebliche Maßnahmen rund um die COVID-19-Krise, in die Betriebsräte eingebunden wurden, federten negative Effekte der Krise besser ab und positive verstärkten sich, wie bspw. höhere Aufzahlungen bei Kurzarbeit“, bestätigte AK-Präsident Günther Goach die im Februar veröffentlichte IFES-Studie „Strukturwandelbarometer 2021“. Aufgrund der Pandemie wirkten Einsparungsprogramme, Umstrukturierungen und Digitalisierung als Brandbeschleuniger für fehlende Sicherheit und führten oftmals zum Verlust des Arbeitsplatzes. Betriebsräte fungierten als Brandlöscher und trugen immens als Vermittler und Vertreter der Arbeitnehmer dazu bei, dass bspw. Kurzarbeit und Homeoffice durchgesetzt und so Arbeitsplätze gerettet werden konnten. „Der Betriebsrat leistet eine wertvolle Arbeit für jede einzelne Arbeitnehmerin und jeden einzelnen Arbeitnehmer – gleich ob arbeitsrechtliche Fragen geklärt werden müssen oder nur um als Vertrauensperson da zu sein“, so Goach.

Allerdings macht sich ein Gefühl der Erschöpfung nach einem Jahr Pandemie, Lockdowns, hoher Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen breit. Der Betriebsrat weiß über die Problemstellungen, denen Arbeitnehmer gegenüberstehen, Bescheid. 40 Prozent der 2.100 in der Studie befragten Betriebsräte gaben an, dass der Arbeitsdruck gestiegen ist. Das Arbeitsklima verschlechtert sich laut einem Drittel der Betriebsräte. Schuld daran ist auch die schlechter gewordene Kommunikation im Vergleich zu vergangenem Herbst. Befragte aus dem Gesundheits- und Sozialbereich gaben an, dass die Krise sich negativ auf ihren Betrieb ausgewirkt hat – erschwerte Arbeitsbedingungen und höherer Arbeitsdruck.

Hierbei ist die Einbindung der Betriebsräte laut Studie am schwächsten ausgeprägt. Neben dem Tourismus wurde vor allem die Verkehrs- und Transportbranche stark von der Krise gebeutelt. Fast zwei Drittel der befragten Betriebsräte in dieser Branche gaben negative Krisenfolgen an.

Interessenausgleich durch Betriebsrat

Im Arbeitsverfassungsgesetz (§ 40) ist verankert, dass in jedem Betrieb mit mindestens fünf Arbeitnehmern ein Betriebsrat zu gründen ist. „Der gewählte Betriebsrat hat die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten – das ist ein demokratischer sowie interessenpolitischer Prozess, der sich bewährt hat.“, erklärte Goach. Der AK-Präsident zeigte auch einen besonderen Paragraphen (§ 45) auf, der oftmals vergessen wird: „In Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern, in dem sich trotz Aufforderung nach zwei Wochen kein Betriebsrat findet, kann der ÖGB oder die Arbeiterkammer einen Betriebsrat als Vertretung einsetzen“.

ÖGB-Landesvorsitzender Hermann Lipitsch unterstreicht, dass Betriebsräte ein wesentliches und wichtiges demokratische Mitbestimmungsinstrument auf betrieblicher Ebene sind. „Betriebsräte müssen in allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen von den Betriebsinhabern und der Geschäftsführung eingebunden werden. Gerade in der Krise wurde wieder deutlich, wie wichtig es ist, wenn Betriebsräte für alle Kolleginnen und Kollegen gemeinsame Lösungen ausverhandeln und nicht jeder auf sich allein gestellt ist“, betont Lipitsch.

In Kärnten gibt es 419 Betriebsratskörperschaften und 3.442 Betriebsräte (2.310 männlich, 1.132 weiblich). Der ÖGB Kärnten vertritt 70.792 Mitglieder (44.190 männlich, 26.602 weiblich). „Mit der derzeit ausgespielten Betriebsräte-Kampagne wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu animieren, die demokratische Mitbestimmung in ihrem betrieblichen Umfeld auszubauen, denn die Praxis zeigt ganz deutlich, dass es mit Betriebsräten einfach besser geht“, so Lipitsch.

Mehrwert des Betriebsrates:

mir-reichs.at

IFES-Studie: Strukturwandelbarometer 2021

ktn.ak.at/strukturwandelbarometer2021

*IFES-Studie, Strukturwandelbarometer 2021, AK Wien & ÖGB, Februar 2021 | 2.115 Teilnehmer

Pressegespräch:
„Mit dem Betriebsrat stark durch die Krise“

Klagenfurt, 4. Mai 2021

AK und ÖGB Kärnten fordern Gesamtstrategie für Kärntens Arbeitnehmer

(AK) – Ifes-Studie bestätigt, dass Unternehmen mit Betriebsräte besser durch die Krise kamen. Für die Zeit nach der Krise sind nun politische Entscheidungsträger unter Einbindung der Sozialpartner gefragt, wie es weitergeht.

„Auch ohne Corona-Krise fordern Demografie, Klimakrise und Digitalisierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heraus“, sagte AK-Präsident Günther Goach im Rahmen des Pressegesprächs. Daher braucht es jetzt eine arbeitnehmer- wie wirtschaftspolitische Gesamtstrategie, die von der Politik und den Sozialpartnern gemeinsam getragen werden muss. Die Krise und der dadurch beschleunigte Strukturwandel erfordern eine langfristig gerechte und ökologische Perspektive, bei der Beschäftigungspolitik sowie Qualifizierungsprogramme, Unternehmensförderungen, Nachfragestärkung, öffentliche Investitionen, Jobgarantie und öffentliche Angebotsausweitung ineinandergreifen.

Die Arbeiterkammer und der ÖGB Kärnten fordern daher:

- Eine weitere Aufstockung des AMS-Personals – um die Vermittlungstätigkeit in gute Jobs verbessern zu können
- Qualifikationsmaßnahmen – um Arbeitslose etwa aus dem Bereich Tourismus in systemrelevante Branche wie Gesundheit und Pflege weiterqualifizieren zu können
- Für Menschen im Alter über 50 Jahren, die länger als zwei Jahre arbeitslos waren, sollen langfristig gemeinnützige und kommunale Arbeitsplätze geschaffen werden
- Investitionen in zukunfts- und systemrelevante Wirtschaftsbereiche wie Gesundheit und Pflege, Kinderbetreuung und Schulen, Umwelt und Klima etc. zur Schaffung krisensicherer Arbeitsplätze
- Digitalisierung im Bildungsbereich vorantreiben
- Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildung
- Verstärkte Förderung der Erwachsenenbildung
- Ausbau der Arbeitsstiftungen, um Wiedereingliederungen zu ermöglichen
- Kurzarbeit verlängern mit folgenden Eckpunkten: deutlich verbindlichere Begründung der wirtschaftlichen Notwendigkeit, Beteiligung der Unternehmen an den Kosten, Beibehaltung hoher Nettoersatzraten; wirksame Anreize für Unternehmen, berufsbezogene Aus- und Weiterbildung anzubieten
- Arbeitslosengeld auf 70 Prozent erhöhen